

Berichterstattung:

Senator Neumann, geb. 1970, SPD

www.neumann-hamburg.de

http://de.wikipedia.org/wiki/Michael_Neumann,

Staatsrat Schiek, geb 1950, SPD

www.hamburg.de/staatsraete/2830958/lebenslauf-schieck.html

http://de.wikipedia.org/wiki/Volker_Schiek

Vorblatt zur

Senatsdrucksache

Nr.:

Vom:

[Kommentiert am 25.2.2012]

[vom intl. Sexworker Forum]

[www.sexworker.at | MoF]



Betr.: Verordnung über das Verbot der Kontaktaufnahme zu Personen zur Vereinbarung entgeltlicher sexueller Dienstleistungen im Sperrgebiet (KontaktverbotsVO)

Petition: (s.u.)

Der Senat wird gebeten, die anliegende Verordnung über das Verbot der Kontaktaufnahme zu Personen zur Vereinbarung entgeltlicher sexueller Dienstleistungen im Sperrgebiet zu beschließen.

A. Zielsetzung:

Verhinderung von Gefahren für die Gesundheit, die Ehre, die sexuelle Selbstbestimmung und die Jugend.

B. Lösung:

Schaffung einer Verbotsregelung.

C. Auswirkungen auf den Haushalt:

Durch die Verordnung über das Verbot der Kontaktaufnahme zu Personen zur Vereinbarung entgeltlicher sexueller Dienstleistungen im Sperrgebiet (KontaktverbotsVO) entstehen keine Kosten. [Nicht leicht quantifizierbare gesellschaftliche Kosten für mögliche Spätfolgen]

aufgrund von Kriminalisierung von weiblichen, männlichen und transsexuellen (teilweise minderjährigen) Sexarbeitern fehlen hier, d.h. deren möglicherweise durch aufgelaufene Ordnungswidrigkeitsstrafen beschleunigtes Abgleiten in eine kriminelle Karriere mit erforderlichen Strafanstaltaufenthaltskosten und Sozialversorgungskosten.]

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage:

Keine. [Kosten für Aufklärung und Information von Sexarbeitern, Kunden und Anwohnern. Z.B. mit aussagekräftigem Kartenmaterial, Informationstafeln, Berufsberatungsangebot und mehrsprachiges Internetportal des Senates für die Berufsgruppe der mobilen Sexarbeiter und ihrer Hamburger Kunden fehlen hier.]

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen:

Keine. [Kosten für die vielen zusätzlichen Kontrolleinsätze von Polizeibeamten wegen der Überwachung, Durchsetzung von Platzverweisen oder Erteilung von Bußgeldbescheiden und deren Mahnung und Eintreibung fehlen hier.]

F. Familienpolitische Auswirkungen:

Keine. [Mögliche Auswirkungen für die Familien der Sexarbeiter_innen, die vielfach alleinerziehende Mütter sind oder minderjährig oder Migrant_innen, die ganze Familienclans durchzubringen versuchen (remittance) fehlen hier.]

G. Klimaschutzpolitische Auswirkungen:

Keine. [das soziale politische Klima wird vergiftet *lol*]

H. Alternativen:

Verzicht auf den Erlass einer Verordnung. [Ein wirkliches Bürgeranhörungs- und Deliberationsverfahren wäre erforderlich (Planunszelle, echter runder Tisch), wo alle Stakeholder wie Anwohner, Immobilieneigentümer, Sexworker, Angehörige und Prostitutionskunden ... fair beteiligt werden.]

I. Anlagen (soweit relevant):

Eine. [Eine für Sexarbeiter, Kunden und Anwohner verständliche, verbindliche Karte fehlt bisher. Der folgende Video-Screenshot mußte den Medien entnommen werden. Quelle: Spiegel TV vom 14.2.2012: Bußgeld für Freier - Huren-Protest in Hamburg: www.spiegel.de/video/video-1178452.html]



[Korrektur: Das neue Kontaktverbot 2012 gilt für den gesamten Sperrbezirk (rot). Bundesweite News, Karten und Urteile über Sperrgebiete und Niederlassungsmöglichkeiten: www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?t=3270]

Berichterstattung:
Senator Neumann
Staatsrat Schiek

Senatsdrucksache
Nr.:
Vom:

Betr.: Verordnung über das Verbot der Kontaktaufnahme zu Personen zur Vereinbarung entgeltlicher sexueller Dienstleistungen im Sperrgebiet (KontaktverbotsVO)

I. Anlass

In Hamburg ist nach bestehender Rechtslage gemäß § 1 der Verordnung über das Verbot der Prostitution vom 21. Oktober 1980 (HmbGVBl. S. 289), zuletzt geändert am 22. Dezember 1981 (HmbGVBl. S. 389), in bestimmten Regionen (in St. Georg, Neustadt, Altona-Altstadt und in Teilen der Altstadt) die Ausübung der Prostitution in den in der Verordnung näher bestimmten Bereichen öffentlicher Straßen, Wege und Plätze (sog. Sperrgebiet) verboten **[d.h. Straßenstrich verboten, siehe Karte]**. Die Verordnung wurde auf Grundlage des Art. 297 Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch (EGStGB) erlassen, der es den Landesregierungen gestattet, zum **Schutz der Jugend oder des öffentlichen Anstandes** durch Rechtsverordnung ein Nachgehen der Prostitution in bestimmten Teilen des Gemeindegebietes zu verbieten. Ein Verstoß gegen die Verordnung stellt gemäß § 120 Absatz 1 Nr. 1, Absatz 2 Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert am 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2353), eine **bußgeldbewehrte Ordnungswidrigkeit** bzw. unter bestimmten Voraussetzungen gemäß § 184 e Strafgesetzbuch (StGB) vom 13. November 1998 (BGBl. I S. 3322), zuletzt geändert am 23. Juni 2011 (BGBl. I S. 1266), eine **Straftat** dar. **[Genaue verständliche Aufklärung über Rechtsfolgen und Strafhöhen für Sexworker z.B. bei wiederholter Rechtsverletzung (evt. wg. mangelnder Geographiekenntnisse der Hamburger Stadtteiltopographie) fehlen sowohl in der bestehenden Sperrgebiets- als auch der neuen Kontaktverbotsverordnung.]**

Die Verfassungsmäßigkeit des Art. 297 EGStGB wurde vom Bundesverfassungsgericht im vergangenen Jahr bestätigt. In seiner Entscheidung vom 28. April 2009 (Az. 1 BvR 224/07) **[www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rk20090428_1bvr022407.html]** stellte

das Gericht ausdrücklich klar, dass der Gesetzgeber auch im Hinblick auf den Erlass des Prostitutionsgesetzes aus dem Jahr 2001 (BGBl. I S. 3983) [www.sexworker.at/prostg] nicht gehindert gewesen sei, die Verordnungsermächtigung in Art. 297 EGStGB aufrechtzuerhalten. Die durch das Prostitutionsgesetz vorgenommene **Legalisierung der Prostitutionsausübung im zivil- und sozialversicherungsrechtlichen Bereich und die Einschränkung der Strafbarkeit** schließe es ebenso wenig wie der Wegfall des Vorwurfs der Sittenwidrigkeit aus, dass die Prostitutionsausübung **in bestimmten Erscheinungsformen** [d.h. sichtbarer Straßenstrich] und damit einhergehenden typischen Begleiterscheinungen [diese sind im lokal und zeitlich bestimmten Einzelfall empirisch nachzuweisen, aufgrund Abgrenzungserfordernis zu allgemeinen vorherrschenden typischen Vorurteilen gegenüber Sexworkern, Freiern, Security-Personen (aka. Zuhältern), Wirtschaftlern (Betreibern) und deren Geschäfts- und Lebenspartnern als spezieller Form „gruppenspezifische Menschenfeindlichkeit“ oder Intersektionalität vergleichbar zu Homophobie und Misogynie.] namentlich mit Blick auf sensible Gemeindegebiete **gegen den öffentlichen Anstand verstoßen könne**. Die Festsetzung von **Sperrgebieten diene der lokalen Steuerung der Prostitutionsausübung aus ordnungsrechtlichen Gründen**. [Regionale Ermessensspielräume der Kommunen ermöglichen es den generellen, Tenor des entkriminalisieren-wollenden Prostitutionsgesetzes lokal erneut einzuschränken. Siehe die Dissertation von Claudia Vorheyer: „Prostitution und Menschenhandel als Verwaltungsproblem - Eine qualitative Untersuchung über den beruflichen Habitus“ www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?p=111014#111014]

Die in dem Geltungsbereich der Verordnung über das Verbot der Prostitution zuständigen Polizeidienststellen berichten von **erheblichen Schwierigkeiten bei der Bekämpfung der unerlaubten Straßenprostitution**. Insbesondere im Zuständigkeitsbereich des Polizeikommissariats 11 in St. Georg sind mit der Straßenprostitution erhebliche Beeinträchtigungen für den Stadtteil bzw. deren Bewohnerinnen und Bewohner verbunden. Neben **lautstarken, teilweise tödlich ausgetragenen Streitereien zwischen Prostituierten und Freiern** [wie oft? wie schwer?] sowie offensivem, teils aggressivem Ansprechen von männlichen Passanten durch Prostituierte, verursacht der **Suchverkehr von Freiern** durch Rangieren, Motorengeräusche, Türschlagen und Hupsignale erhebliche **Lärmbelastungen**, insbesondere nachts. Auch vor diesem Hintergrund gehen praktisch täglich Beschwerden [der Anwohnerinitiative gegen Prostitution?] beim Polizeikommissariat 11 ein. Darüber hinaus kommt es immer wieder zu Belästigungen weiblicher Passanten durch Freier. So werden

unbeteiligte Frauen und Mädchen, die beispielsweise einen Moment an einer Stelle verweilen, von Freiern in der irrigen Vorstellung, es handele sich um Prostituierte, angesprochen, um sexuelle Dienstleistungen gegen Entgelt zu vereinbaren. Solche Kontaktaufnahmen erfolgen sowohl auf dem Hansaplatz als auch in den umliegenden Straßen und das tageszeitunabhängig. Es handelt sich hier um ein überwiegend mit Wohn- und Geschäftsgebäuden bebautes Gebiet [Mischgebiet mit sehr langer Prostitutionstradition seit Fertigstellung des Hauptbahnhofs 1906], in dem sich mehrere Fußgängerzonen befinden. Im Umkreis der von der Straßenprostitution betroffenen Straßen/Plätze befinden sich mehrere Schulen und Jugendeinrichtungen [und ehem. auch ein Heim für sog. „gefallene Mädchen, die der Versuchung gefolgt und den Weg der Sünde eingeschlagen hatten“ [Dr. H. Lippert 1848]. Dieses Magdalenenheim war ein Internierungs- und Umerziehungslager für 12 Zöglinge d.h. Sexworker. Es lag in St. Georg, An der Koppel. www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?p=51667#51667].

Zudem sind auch Kinder und Jugendliche betroffen, die nicht persönlich von Freiern angesprochen werden. **Kinder und Jugendliche, die im Bereich St. Georg wohnen oder diesen passieren, werden oftmals Zeugen von Preisverhandlungen** zwischen (potentiellen) Freiern und Prostituierten und damit der Kommerzialisierung sexueller Handlungen [mehr davon erfahren sie in der Boulevardpresse und Privatfernsehen]. Derartige Beobachtungen und die direkte Konfrontation mit dem Phänomen der Prostitution können sich auf die Einstellung der Kinder und Jugendlichen zur Sexualität sowie deren **Persönlichkeitsentwicklung nachteilig auswirken** [auch das ist mehr moralisch als wissenschaftlich evidenzbasiert argumentiert].

Schließlich sind **Prostituierte nicht nur in Einzelfällen Opfer von Gewaltdelikten durch (potentielle) Freier** [was sich noch erhöhen wird, wenn sie von bekannten öffentlichen Plätzen verdrängt werden und ihre Kundengespräche, die zur Einschätzung der Sicherheitslage dienen, unter Strafe gestellt werden und somit schnell, heimlich, versteckt, unüberwacht und unüberlegt erfolgen müssen].

Sämtliche Maßnahmen, die die Polizei auf Basis der gegenwärtigen Rechtslage treffen kann, richten sich ausschließlich gegen die Prostituierten [das war gesetzlich festgeschriebener Sexismus, schön dass das nachträglich so klar herausgearbeitet wird]. Diese Maßnahmen sind nur begrenzt wirksam, da es sich auf Grund der großen Nachfrage für die Prostituierten trotz festgesetzter Bußgelder, Platzverweisen und eingeleiteten

Strafverfahren im Bereich des Sperrgebiets offenbar lohnt, dort weiterhin der Prostitution nachzugehen. Hinzu kommt, dass sich die **Zahlung von Bußgeldern häufig - z. B. bei Mittellosigkeit der Prostituierten - nicht durchsetzen lässt** und Strafverfahren insofern kaum abschreckende Wirkung entfalten, als sie in der Vergangenheit in Hamburg nur **selten zu einer Anklage oder zu einer Verurteilung geführt haben**. Zudem macht der Anteil der **fremdbestimmt tätigen osteuropäischen Prostituierten** [Anmerkung: Ist osteuropäisch-ausländisch-migrantisch gleichbedeutend mit fremdbestimmt? Das ist Paternalismus], die oftmals unter hohem Druck arbeiten, derzeit ca. **80 Prozent** aus. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass auch **straßprozessuale Maßnahmen gegen organisierte Strukturen bislang zu keiner nennenswerten Eindämmung geführt haben**. Durch langwierige Ermittlungsverfahren erzielte punktuelle Erfolge und dadurch entstandene Lücken im Angebot wurden zumeist zeitnah durch Angebote neuer Gruppierungen geschlossen [Hydra-Effekt, Globalisierung, Migration].

Trotz Ausschöpfung sämtlicher polizeilicher Möglichkeiten beim Vorgehen gegen Prostituierte im Sperrgebiet in St. Georg ist es bislang nicht gelungen, die Prostitution dauerhaft weitestgehend zu unterbinden [Hydra-Effekt nach der Gleichnamigen Sexarbeiter Selbsthilfeorganisation und Sozialberatungsstelle für Prostituierte in Berlin].

Es ist davon auszugehen, dass ein bußgeldbewehrtes Kontaktaufnahmeverbot einen großen Abschreckungseffekt auf Freier haben wird. Ein Rückgang der stetigen Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen im Bereich der Straßenprostitution im Sperrgebiet in St. Georg würde sich wiederum auf das Angebot auswirken. Im Ergebnis könnte die Kontaktverbotsverordnung damit einen erheblichen und vor allem dauerhaften Beitrag bei der Bekämpfung der dortigen Straßenprostitution leisten.

Einen vergleichbaren Weg ist bereits eine Reihe von Großstädten gegangen. So gibt es Ansprechverbote zur Anbahnung der Prostitution u. a. in Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe, Düsseldorf, Köln, Bonn, Frankfurt am Main und Leipzig.

II. Zu den einzelnen Vorschriften

Zu § 1

Der Geltungsbereich der Verordnung ist auf den Stadtteil St. Georg im räumlichen und zeitlichen Geltungsbereich der Verordnung über das Verbot der Prostitution beschränkt. Dieser ergibt sich mithin aus § 1 der Verordnung über das Verbot der Prostitution.

Zu § 2

Die Regelung untersagt, zu Personen Kontakt aufzunehmen, um sexuelle Dienstleistungen gegen Entgelt zu vereinbaren. Damit werden **auch Freier erfasst**, die nicht nur Prostituierte, sondern auch andere, unbeteiligte Personen ansprechen.

Die Verordnung dient der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Durch das Ansprechen von Personen, insbesondere unbeteiligten Frauen und Mädchen, auf die Erbringung von sexuellen Dienstleistungen in der irrigen Annahme, es handele sich hierbei um Prostituierte, wird i. d. R. der Straftatbestand der Beleidigung (§ 185 StGB) erfüllt und zudem die über Art. 2 Absatz 1 i. V. m. Art. 1 Absatz 1 Grundgesetz (GG) geschützte **Ehre und sexuelle Selbstbestimmung** dieser Frauen und Mädchen beeinträchtigt. Soweit Jugendliche betroffen sind, ist darüber hinaus der **Jugendschutz**, der sich aus dem **Erziehungsauftrag** aus Art. 6 GG ableitet, tangiert, weil **durch die Anbahnungsgespräche die sittliche Entwicklung der Jugendlichen gestört oder gefährdet** werden kann (vgl. VGH Baden-Württemberg [in Mannheim], Urteil vom 11. Oktober 2000, Az. 1 S 2964/99, NVwZ 2001, S. 1299 f <http://bit.ly/A27yMS>). Bei dem Ansprechen dieser Personengruppen handelt es sich nicht lediglich um Einzelfälle, sondern diese Vorfälle sind in dem Verbotsgebiet regelmäßig und typischerweise zu verzeichnen [Anm.: evidenzbasierte überprüfbare Zahlenangaben, Quellenangabe fehlt an dieser Stelle. Man könnte auch argumentieren es gibt eine sexualisiert selektive erhöhte Wahrnehmung, etwa bedingt durch plakative Berichte in den Boulevardmedien von spektakulären tragischen Einzelfällen]. Die Straßenprostitution hat sich in dem in Rede stehenden Sperrbezirk seit 2007 weiter verschärft, insbesondere am Hansaplatz. Parallel dazu hat der Stadtteil St. Georg durch diverse **Neubauten wieder vermehrt Zuzug von Familien** erhalten [Strukturwandel, siehe auch Gentrifizierung].

Abgesehen von der Tatsache, dass Freier bereits durch die Kontaktaufnahme mit Unbeteiligten mit dem Ziel der Vereinbarung entgeltlicher sexueller Dienstleistungen sowie

durch nächtliche Ruhestörungen in eigener Person Gefahren für die öffentliche Sicherheit verursachen, kann ihnen darüber hinaus **das Verhalten der Prostituierten**, die ihrerseits durch den Verstoß gegen die Verordnung über das Verbot der Prostitution unmittelbar eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung verursachen, **zugerechnet werden**. Freier schaffen eine stetige Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen im Sperrbezirk in St. Georg, die ein entsprechendes Angebot bedingt [die Nachfrage nach Einkommen, die die Sexworker motiviert scheint hier nicht berücksichtigt zu werden?! Ebenso wenig wird die Abwesenheit von ausreichend vielen Einkommensplätzen in der modernen post-industriellen Gesellschaft thematisiert d.h. die dank Rationalisierung und Effizienzsteigerung sinkende Zahl von Arbeitsplätzen. Das sowohl gut als auch schlecht, denn der Zweck von Unternehmertum und Arbeitsorganisation ist es menschliche Arbeit überflüssig zu machen und zu automatisieren. Ferner wird die Werbung und Verführung zum Erwerb von immer kurzlebigeren Konsum- oder Luxusgütern verschwiegen, die eine ständige Nachfrage auch unter Sexarbeiter_innen evoziert und sie zum lukrativen und flexibel gestaltbaren Gelderwerb durch Sexarbeit anstachelt], welches - wie oben ausgeführt - trotz Ausnutzung sämtlicher rechtlich zulässiger polizeilicher Maßnahmen aufrecht erhalten wird. Dabei legen es Freier auf einen Rechtsverstoß der Prostituierten (§ 120 Absatz 1 Nr. 1, Absatz 2 OWiG in Verbindung mit der Verordnung über das Verbot der Prostitution bzw. § 184 e StGB) an [beziehungsweise diese Art der Rechtsverstöße werden vom Gesetzgeber konstruiert und dabei wird in Kauf genommen, dass die sozio-kulturelle Minderheit der Sexworker in diese juristischen Fallen hineintappen und sanktioniert werden. Sie werden der inszenierten symbolischen Politik für Sauberkeit und Sicherheit quasi geopfert wie im Sündenbock-Ritual]. Vor diesem Hintergrund erscheint es somit vertretbar, eine **Zweckveranlassereigenschaft der Freier** zu bejahen und ihnen das Verhalten der Prostituierten zuzurechnen (vgl. VGH Mannheim, Urteil vom 01. Dezember 2005, Az. 1 S 1818/05). [Mit anderen Worten: Einführung der **Freierbestrafung nach Schwedischem Regiment**. Das dieses ebenso fragwürdig begründet ist und inzwischen auch als gescheitert angesehen wird sprengt den Rahmen der Anmerkungen. Quellen und Studien siehe Sexworker Forum www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?t=912]

Im Übrigen sind Freier zwingend notwendige Beteiligte, was spätere sexuelle Dienstleistungen der Prostituierten anbelangt [Ist diese Trivialität das letztmögliche Begründungs-Refugium? Als Ausnahme käme in Betracht, daß Freier fernmeldetechnisch getrennt vom Ort der Verrichtungsaktivität der Sexarbeiterin entfernt sein können z.B. durch eine fernsteuerbare WebCam (öffentliche Kameras waren ja bereits am Hansaplatz aufgestellt sind aber zwischenzeitlich wieder demontiert worden). Ob Senator und Staatsrat in

ihrem Text selbst bemerkt haben, daß das Konstrukt der „Zweckveranlassereigenschaft“ auf Willkür in ihrer Argumentation schließen läßt?].

Das in § 2 geregelte Verbot stellt einen Eingriff in die allgemeine Handlungsfreiheit aus Art. 2 Absatz 1 GG dar, denn dieses Grundrecht schützt die Handlungsfreiheit im umfassenden Sinne. Das Verbot beeinträchtigt die rechtlich geschützten Interessen der betroffenen (potentiellen) Freier aber nicht in unverhältnismäßiger Weise, denn die ergriffene Maßnahme ist geeignet, erforderlich und angemessen.

Das Kontaktaufnahmeverbot bezweckt den Schutz vor Gefahren für die Gesundheit, die Ehre, die sexuelle Selbstbestimmung sowie die Jugend. Ausgehend von diesem Regelungsziel ist das Verbot zur Gefahrenminderung geeignet, denn die Regelungen der **Sperrgebietsverordnung reichen vorliegend nicht aus**, um den Schutz Unbeteiligter zu gewährleisten (s. o.). **Auch die zuletzt vorgenommene Bußgelderhöhung hat zu keiner nachhaltigen Reduzierung der Straßenprostitution und damit einhergehend der Nachfrage durch Freier geführt.** Weitere mildere gleich geeignete Mittel sind nicht erkennbar. Sämtliche Maßnahmen, die die Polizei auf Basis der gegenwärtigen Rechtslage treffen kann, sind nur begrenzt wirksam. Denn aufgrund der großen Nachfrage lohnt es sich für die Prostituierten trotz festgesetzter Geldbußen, Platzverweisen und eingeleiteten Strafverfahren offenbar weiterhin, im Bereich des Sperrgebiets der Prostitution nachzugehen.

[Man könnte also überlegen, wie die Nachfrage sozialverträglich evt. an anderem Ort oder in anderer Form gesättigt werden kann, um unschöne, sozialunverträgliche Prostitutionsformen in Wohn- und Mischgebieten zu verhindern. Diese Marktlogik befriedigt z.B. das Modell eines attraktiven öffentlich betriebenen Ideal-Bordells z.B. in Form eines erotischen



Themenparks für Erwachsene (streiche in der Infographik das Wort „staatlich“ und ersetze es mit „öffentlich“)] Mit dem Ansatz, nunmehr unter den entsprechenden Voraussetzungen auch

gegen Freier vorgehen zu können, bietet die Verordnung zudem eine **alternativlose Handlungsgrundlage**, um die o. g. erheblichen Beeinträchtigungen zukünftig zu verhindern [„Alternativlos“ oder TINA (there is no alternative) sagen Politiker immer dann, wenn nicht weiter an innovativen, humanen Lösungen gearbeitet werden soll (Planungszelle, Deliberation), sondern nach überliefertem Schema exekutiert werden soll (Governance)].

Die ergriffene Maßnahme ist auch angemessen, also verhältnismäßig im engeren Sinne. Das Gebot der Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne verlangt, dass die Schwere der Grundrechtsbeschränkung bei einer Gesamtabwägung nicht außer Verhältnis zu dem Gewicht der sie rechtfertigenden Gründe steht. Der aus Art. 2 Absatz 1 i. V. m. Art. 1 Absatz 1 GG abzuleitende **Schutz unbeteiligter Frauen und Mädchen vor Verletzungen ihrer Ehre und sexuellen Selbstbestimmung** sowie der verfassungsrechtlich in Art. 6 GG verankerte Jugendschutz gehen der allgemeinen Handlungsfreiheit des Freiers vor. Denn die Kontaktaufnahme zur Vereinbarung von entgeltlichen sexuellen Dienstleistungen ist weniger schutzwürdig als die körperliche und seelische Integrität der Jugendlichen, die den Sperrbezirk durchqueren und der Schutz unbeteiligter Frauen und Mädchen vor Ehrverletzungen (vgl. VGH Mannheim, Urteil vom 11. Oktober 2000, Az. 1 S 2964/99, NVwZ 2001, S. 1299, 1300). Auch ist die Kontaktaufnahme nicht schützenswerter als die Gesundheit der Bewohnerinnen und Bewohner im Sperrbezirk, welche durch nächtliche Ruhestörungen im Zusammenhang mit der Prostitutionsanbahnung, insbesondere den **motorisierten Freiersuchverkehr**, beeinträchtigt wird.

Schließlich verbietet die Regelung auch nicht jeglichen Gesprächskontakt zu Prostituierten, sondern lediglich solchen, der auf die Vereinbarung entgeltlicher sexueller Dienstleistungen ausgerichtet ist. [Ein Bürger, Sozialarbeiter, Migrationsforscher oder Prostitutionskunde, der sich mit einer Sexarbeiter_in über Safer Sex und STD-Prävention, Tipps zur Steuergestaltung, der Situation im Herkunftsland, moderne Handies und Internetwerbung, Wohnmöglichkeiten und Immobilienpreise in Hamburg oder zukünftige Berufsmöglichkeiten und Fortbildungsmöglichkeiten wie z.B. Massageausbildung spricht macht sich also nicht strafbar.]

Zu § 3

Nach § 3 OWiG kann eine Handlung nur dann als Ordnungswidrigkeit geahndet werden, wenn die Möglichkeit der Ahndung gesetzlich bestimmt war, bevor die Handlung begangen

wurde. § 3 der Verordnung enthält daher einen Ordnungswidrigkeitentatbestand.

III. Behördenabstimmung

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Senatskanzlei, Finanzbehörde, Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz.

IV. Petitum

Der Senat wird gebeten,
die beigefügte Verordnung über das Verbot der Kontaktaufnahme zu Personen zur Vereinbarung entgeltlicher sexueller Dienstleistungen im Sperrgebiet (KontaktverbotsVO) zu beschließen.

Weitere Dokumente, Debatten und Aufklärung im intl. Sexworker Forum www.sexworker.at



Anlage

**Verordnung über das Verbot der Kontaktaufnahme zu Personen
zur Vereinbarung entgeltlicher sexueller Dienstleistungen im Sperrgebiet
(KontaktverbotsVO)**

Vom...

[Vom 24. Januar 2012 - HmbGVBl. 2012, S. 25]

Auf Grund von § 1 Absatz 1 und 2 des Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (SOG) vom 14. März 1966 (HmbGVBl. S. 77), zuletzt geändert am 15. Dezember 2009 (HmbGVBl. S. 405, 433), wird verordnet:

§ 1

Geltungsbereich

Diese Kontaktverbotsverordnung gilt im **Stadtteil St. Georg** im räumlichen und zeitlichen Geltungsbereich der Verordnung über das Verbot der Prostitution vom 21. Oktober 1980 (HmbGVBl. S. 289), zuletzt geändert durch Rechtsvorschrift vom 22. Dezember 1981 (HmbGVBl. S. 389), in der jeweils geltenden Fassung.

§ 2

Kontaktverbot

In dem nach § 1 bestimmten Bereich ist es verboten, zu Personen Kontakt aufzunehmen, um sexuelle Dienstleistungen gegen Entgelt zu vereinbaren.

§ 3

Ordnungswidrigkeit

(1) Ordnungswidrig handelt, wer entgegen § 2 Kontakt zu Personen aufnimmt, um sexuelle Dienstleistungen gegen Entgelt zu vereinbaren.

(2) Die Ordnungswidrigkeit nach Absatz 1 kann mit einer Geldbuße bis zu **5000 Euro** **geahndet** werden.